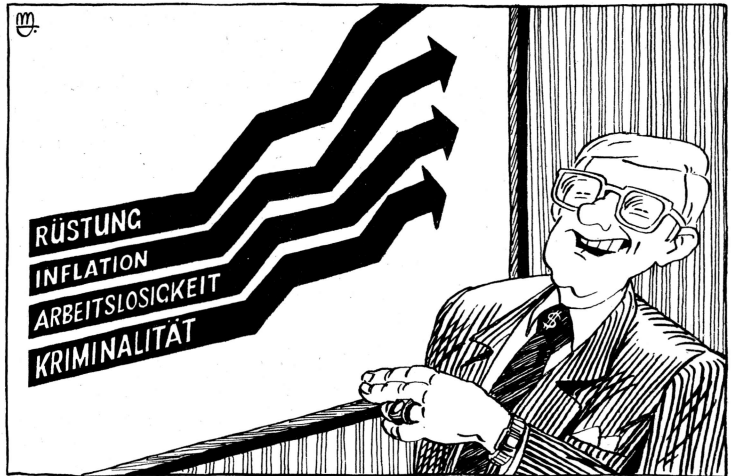


- in Spannungsherde ein, werden diese sogar erst geschürt, um letztlich eine Lage zu schaffen, in der der Imperialismus seine führende Macht über die Länder der dritten Welt, über deren Roh- und Brennstoffquellen sowie strategisch wichtige Punkte wiederherzustellen gedenkt.

Die kapitalistische Welt selbst wird von gravierenden Krisenprozessen durchschüttelt. Die innere Lage in den einzelnen kapitalistischen Ländern ist zunehmend labiler geworden. Wirtschaftliche Instabilität, politische und soziale Labilität, geistiger und kultureller Verfall sind unübersehbar. Die Wirtschaftskrisen 1974/75 und ab 1980 zerfetzten die Pseudotheorie vom „Sozialstaat“, ließen die einst lautstark verkündete Parole, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt zur Erneuerung und Gesundung des Kapitalismus führe, verstummen. Mikroelektronik und Robotertechnik in Kapitalistenhand verschärfen die Massenarbeitslosigkeit, das drückendste soziale und innenpolitische Problem des Imperialismus. Insbesondere der USA-Imperialismus versucht, mit Hilfe der Hochrüstung aus dieser inneren Krisenlage herauszukommen. Der US-Konzern Lockheed zum Beispiel stellte jüngst seine zivile Flugzeugproduktion zugunsten der militärischen ein. Aber klar ist, daß die Hochrüstung kein Rezept für die Bewältigung der Krise ist, sondern sie noch verschärft. Denn der Staat kann die Rüstungsmilliarden längst nicht mehr durch seine normalen Einnahmen aufbringen. Das führt zu Staatsanleihen in astronomischer Höhe, also zur Staatsverschuldung. Die Wirkungen sind verheerend: rigorose Rotstiftpolitik, die zur Verschlechterung der sozialen Lage der Werktätigen führt, und eine Hochzinspolitik, die die kapitalistische Weltwirtschaft erschüttert. Zudem jedoch birgt der Hochrüstungswahnsinn das Risiko der Vernichtung der Menschheit in sich.



„Was heißt hier Krise, bei uns geht es doch aufwärts!“

Zeichnung: Martin Jahn

Die erzreaktioären und besonders aggressiven Kräfte des USA-Monopolkapitals, die zum Krieg drängen, sind unfähig, die Schwierigkeiten und Niederlagen des Imperialismus als gesetzmäßige Folge der Zuspitzung aller Widersprüche ihres Systems zu begreifen. Folgt daraus, daß die Kriegsgefahr so lange nicht zu bannen ist, wie die Imperialismus liegenden sozialökonomischen Grundlagen für eine Politik der Aggression fortbestehen? Keineswegs.

Genosse Kurt Hager bewies auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED, daß die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und die realen heutigen Kräfteverhältnisse von solcher Art sind, den Frieden zu retten und die gefährlichen Tendenzen in der internationalen Entwicklung zu überwinden.

Die stärkste Friedenskraft ist der Sozialismus. Das von ihm unter großen Opfern, vor allem der UdSSR, errungene annähernde militärstrategische Gleichgewicht hat eine friedenssichernde Funktion. Von diesem Gleichstand aus ergreift der Sozialismus konkrete Initiativen, um Schritt für Schritt auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit Abrüstung und politi-

sche Entspannung zu erreichen. Damit das militärstrategische Gleichgewicht erhalten bleibt, ist der Sozialismus gerade jetzt nach dem Beginn der Stationierung in Westeuropa gezwungen, durch seine Gegenmaßnahmen dem Imperialismus Paroli zu bieten. Für diese auf Frieden gerichtete Politik der sozialistischen Gemeinschaft steht auch die DDR-Erklärung, den Schaden aus der USA-Raketenstationierung möglichst zu begrenzen und die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zum Tragen zu bringen.

Es gilt durch höchste Leistungen den Frieden sicherer zu machen und gleichzeitig die Anstrengungen zu verstärken, mit jedem, der dazu bereit ist, Beziehungen der Vernunft und des guten Willens herzustellen. Nur so wendet man Gefahren ab.

Dabei ist es zu einer gesicherten Erkenntnis geworden, daß die Geschichte auch im Atomzeitalter nicht von den Imperialisten und einigen ihrer abenteuerlichen Führer, sondern von den Völkern gemacht wird.

Dr. Manfred Klaus  
wissenschaftlicher Mitarbeiter  
im Institut für Internationale Politik  
und Wirtschaft der DDR